



# DIE RHEINPFALZ

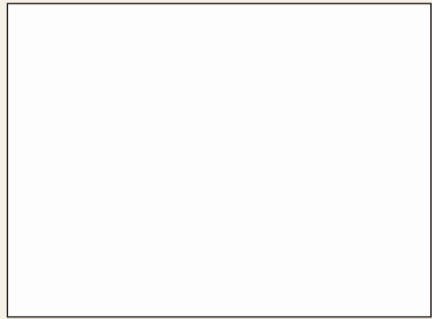
Frankenthaler Zeitung

Donnerstag, 13. Februar 2025 | Jahrgang 81 | Nr. 37

D 5895 | Einzelpreis € 2,70

**AKTUELL**

**Ukraine-Krieg: Trump telefoniert mit Putin**



Das Telefonat mit dem russischen Präsidenten sei „hochproduktiv“ gewesen, teilte Donald Trump mit. FOTO: DPA

WASHINGTON. US-Präsident Donald Trump hat nach eigenen Angaben mit dem russischen Staatschef Wladimir Putin einen „unverzüglichen“ Beginn von Verhandlungen über die Zukunft der Ukraine vereinbart. Trump teilte am Mittwoch mit, er habe ein „langes und hochproduktives“ Telefonat mit Putin geführt. Der Kreml bestätigte das Telefonat und gab bekannt, Putin habe Trump nach Moskau eingeladen. Auch mit dem ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj habe Trump gesprochen, verlaute aus dem Weißen Haus. Zuvor hatte die US-Regierung erstmals detailliert dargelegt, wie sie sich ein Ende von Russlands Angriffskrieg gegen die Ukraine vorstellt. Sie hält dabei schmerzhaftes Zugeständnisse Kiews für unausweichlich – unter anderem den Verzicht auf einen Nato-Beitritt. Außerdem sehen die USA die Europäer weitgehend alleine in der Pflicht, die Ukraine zu unterstützen und einen Frieden militärisch abzusichern – ohne US-Truppen. US-Verteidigungsminister Pete Hegseth präsentierte die Vorstellungen bei einem Ukraine-Treffen in Brüssel, bei dem eigentlich Waffenlieferungen für Kiew koordiniert werden sollten. Noch im vergangenen Jahr hatte die Nato der Ukraine bei einem Gipfel in Washington zugesichert, ihr Pfad zur Mitgliedschaft sei unumkehrbar. |dpa/afp

**AUS DER PFALZ**

**Hochstraßensanierungen Thema im „Heute Journal“**

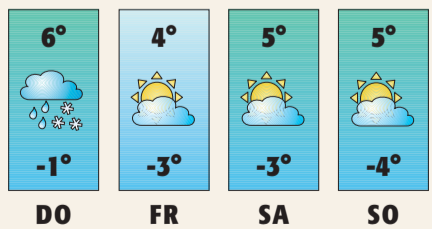


Auf dem entkernten Rathausurm: Dunja Hayali und Hochstraßenkoordinator Eberhard Küssner. FOTO: STEFFEN GIERESCHER

LUDWIGSHAFEN. Das ZDF widmet den Hochstraßensanierungen in Ludwigshafen mit Blick auf die Bundestagswahl am Donnerstagabend (21.45 Uhr) im „Heute Journal“ einen Beitrag. Moderatorin Dunja Hayali war am Mittwoch zu ersten Dreharbeiten in der Stadt, unter anderem auf dem Rathausurm, der noch in diesem Jahr abgerissen wird. „Die Infrastruktur zu stärken, ist eines der wichtigsten Themen in Deutschland. Interessanterweise findet das Thema im Wahlkampf kaum statt, auch wenn wir über den Wirtschaftsstandort sprechen. Deswegen haben wir uns entschieden, dazu einen eigenen Schwerpunkt zu setzen“, sagte die 50-Jährige im RHEINPFALZ-Gespräch. Brücken, Straßen und Schienen seien eine Art Lebensader für das Land. „Für viele Pendler, aber auch für den Lieferverkehr ist es elementar wichtig, dass alles funktioniert“, so Hayali. Von der Baustelle für die neue Hochstraße Süd wird sie auch ein Live-Interview mit Oberbürgermeisterin Jutta Steinruck (parteilos) führen. Die 520-Meter-Lücke soll Ende des Jahres geschlossen sein. Ab 2026 soll dann der Abriss der Hochstraße Nord beginnen. |jier

**WETTER**

Heute: Regen mit Schnee vermischt



RHEINPFALZ IM NETZ  
www.rheinpfalz.de  
www.facebook.com/rheinpfalz



## Wirtschaft in der Pfalz: Verunsicherung bremst Investitionen

SWARCO/FOTO: CHRISTIAN CHARBUSIS/DPA

Jedes vierte Unternehmen hat zuletzt nicht mehr investiert – weder um Maschinen und Anlagen auf dem aktuellen Stand zu erhalten noch um sie zu ersetzen. Ein Drittel der Unternehmen hat das für die Zukunft auch nicht geplant. Das hat eine Firmenumfrage des Instituts der deutschen Wirtschaft ergeben, die das IW im Auftrag des Bundesverbands der Deutschen Industrie durchgeführt hat. Mit Blick auf die Bundestagswahl am 23. Februar äußern auch Pfälzer Unternehmen den Wunsch nach einem „roten Faden“ beim politischen Handeln. Die neue Regierung müsse rasch einen verlässlichen Rahmen skizzieren. Die nach dem Bruch der Ampelkoalition in Berlin anhaltende Verunsicherung der Wirtschaft auch in der Pfalz führt nach Ansicht vieler Unternehmer zu einem immensen Investitionsstau. |osp **WIRTSCHAFT**

### Grenzen: Weitere sechs Monate Kontrollen

BERLIN. Deutschland setzt die Kontrollen an all seinen Außengrenzen fort. Die Bundesregierung verlängerte die im März auslaufende Sonderregelung um sechs Monate bis zum 15. September.

„Mit den Grenzkontrollen drängen wir die irreguläre Migration wirksam zurück“, erläuterte Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD). Innenministerin Nancy Faeser (SPD) ergänzte: „Wir stoppen Schleuser, die Menschen brutal zur Ware machen und über Grenzen schmuggeln. Und wir legen Kriminellen und Extremisten das Handwerk.“

Grenzkontrollen sind im Schengen-Raum eigentlich nicht vorgesehen. Im September hatte Deutschland die bereits laufenden Kontrollen im Osten und Süden der Republik jedoch auf die Grenzen zu Dänemark, den Niederlanden, Belgien und Luxemburg ausgeweitet. Die stationären Kontrollen wurde damals mit illegaler Zuwanderung sowie dem Schutz vor islamistischen Terroristen und grenzüberschreitender Kriminalität begründet. In den vergangenen Monaten wurden dadurch nach Angaben des Innenministeriums etwa 80.000 unerlaubte Einreisen festgestellt, rund 1900 Schleuser festgenommen und circa 47.000 Menschen zurückgewiesen. Diese Sonderregelung wird nun verlängert. An den Grenzen zu Polen, Tschechien und der Schweiz gibt es Kontrollen seit Oktober 2023, an der deutsch-österreichischen Landgrenze wurden sie bereits im Herbst 2015 eingeführt. |dpa

## Wahlentscheidung vieler Pfälzer steht fest

Wer ist der Favorit der Pfälzer fürs Kanzleramt? Welche Themen beschäftigen die Region? Die RHEINPFALZ hat 1000 Wahlberechtigte zur politischen Lage befragen lassen – ein Stimmungsbild kurz vor der Bundestagswahl.

VON JÖRG SCHMIHING

LUDWIGSHAFEN. Fast 60 Millionen Menschen dürfen am 23. Februar mit ihrem Votum die Zusammensetzung des Deutschen Bundestags bestimmen. Die Entscheidung, welche Politiker die Region künftig in Berlin repräsentieren werden, ist bis dahin völlig offen. Im Auftrag der RHEINPFALZ hat das Mannheimer Meinungsforschungsinstitut CMR zwischen 22. Januar und 3. Februar bei 1000 wahlberechtigten Pfälzerinnen und Pfälzern allerdings ein Stimmungsbild erhoben.

Die Interviewer haben den Teilnehmern der Studie, deren Resultat nach Angaben von CMR für die kreisfreien Städte und Landkreise in der Pfalz repräsentativ ist, die klassische Sonntagsfrage gestellt: Welcher Partei würden Sie Ihre Stimme geben, wenn am kommenden Sonntag Bundestagswahl wäre? Die Umfrage liefert Daten, welche Themen und Probleme in der Region als die größten empfunden werden. Und sie gibt Auskunft darüber, welchen Spitzenkandidaten die Pfälzer am ehesten zutrauen, nach dem Bruch der Ampelkoalition die künftige Bundesregierung zu führen. Könn-

ten sie ihn direkt wählen, würden sich 26 Prozent der Pfälzer für Friedrich Merz (CDU) entscheiden. Platz zwei erreicht Alice Weidel (AfD) mit 21 Prozent. Amtsinhaber Olaf Scholz (SPD) und Robert Habeck (Grüne) erreichen jeweils 16 Prozent. Aber ein gutes Fünftel sagt: Keiner aus diesem Quartett kann's.

Auf der Seite „Südwestdeutsche Zeitung“ berichtet die RHEINPFALZ

bis Samstag über die Umfrage – zum Auftakt über die Einschätzung zum Spitzenpersonal der Bundesparteien, dann über die wichtigsten Themen und ausschlaggebenden Gründe für die geplante Wahlentscheidung und zum Finale über die Sonntagsfrage für die Region. Eine Erkenntnis: Bis auf einen kleineren Teil Unentschlossener haben die Pfälzer entschieden, wo sie ihr Kreuz setzen wollen.

Bei den aktuell drängendsten politischen Problemen zeigt sich wiederum: Das im Wahlkampf bislang dominierende Thema – Migration und innere Sicherheit – muss nicht der Aspekt sein, der die Menschen auch tatsächlich am meisten umtreibt. Deren Sorge gilt der Wirtschaft und nicht zuletzt auch dem eigenen Geldbeutel. **SÜDWEST**

**RHEINPFALZ DIGITAL**

Die Ergebnisse der Umfrage finden Sie auch im Online-Angebot der RHEINPFALZ – dort ergänzt mit klickbaren Grafiken, um die Daten nach Alter und Geschlecht zu sortieren. Der QR-Code führt zur Berichterstattung über die Bundestagswahl.



Rund 60 Millionen Bundesbürger sind am 23. Februar zur Wahl aufgerufen. FOTO: PETER KNEFFEL/DPA

### Österreich: Nach Scheitern Kickls Regierung gesucht

WIEN. Nach dem Scheitern der Koalitionsverhandlungen in Österreich zwischen der rechtspopulistischen FPÖ und der konservativen ÖVP will Bundespräsident Alexander van der Bellen zusammen mit den „Parteien der Mitte“ nach Lösungen suchen.

Brachte keine Koalition zustande: Herbert Kickl von der FPÖ. FOTO: DPA

Er werde sich in den kommenden Tagen mit verschiedenen Politikerinnen und Politikern treffen, sagte er am Mittwochabend in seinem Amtssitz in der Wiener Hofburg. Nach dem Scheitern der Gespräche zwischen FPÖ und ÖVP unter Führung des ultrarechten FPÖ-Chefs Herbert Kickl gibt es laut van der Bellen vier Optionen: Neuwahlen, eine vom Parlament gedeutete Minderheitsregierung, eine Expertenregierung – oder doch noch eine Koalition mehrerer Parteien mit fester Regierungsmehrheit. Zuvor hatte er den verantwortlichen Politikern ins Gewissen geredet. Der Kompromiss sei leider „in Verruf geraten“, sagte er. |afp **LEITARTIKEL SEITE 2**

## Olaf Scholz und der „Hofnarr“

Der Kanzler beleidigt den Berliner CDU-Politiker Joe Chialo, bittet aber nicht um Entschuldigung

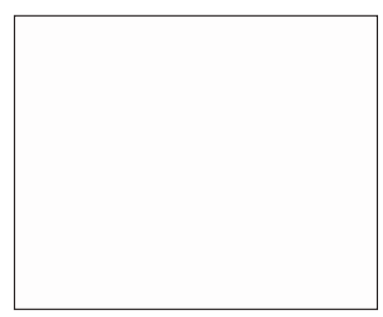
VON WINFRIED FOLZ, BERLIN

Joe Chialo wurde als Sohn tansanischer Diplomaten in Bonn geboren, wuchs zunächst in Tansania auf und kam mit neun Jahren nach Deutschland. Nach dem Abitur und einer Lehre als Fräser baute er eine eigene Rockband auf und wurde Musikmanager. Schließlich wechselte er mit CDU-Parteibuch in die Politik. Seit 2023 gehört Chialo dem Berliner Senat an und verantwortet den Bereich Kultur und gesellschaftlichen Zusammenhalt. Für Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) ist der schwarze CDU-Politiker ein „Hofnarr“.

Gefallen ist diese Beleidigung auf einer privaten Geburtstagsfeier des aus Worms stammenden früheren SPD-Politikers und späteren FDP-Schatzmeisters Harald Christ. Berichtet hat darüber „Focus“-Chefredakteur Georg Meck, der Gast der

Party war. Demnach sei die Stimmung auf dem Empfang zunächst entspannt gewesen, bis Scholz seinem bei der Veranstaltung nicht anwesenden politischen Herausforderer Friedrich Merz (CDU) Vorwürfe machte. In kleinerer Runde habe Scholz in der Diskussion über Migration die Union in die Nähe des Faschismus gerückt und ihr unterstellt, auf ein Bündnis mit der AfD hinzuwirken.

Als der CDU-Politiker Joe Chialo einwandte, ob Scholz das wirklich so meine mit dem Rassismus der CDU, jener Partei also, in deren Bundesvorstand er auch sitze, habe Scholz ihn angefahren. Chialo sei nicht mehr als ein liberales Feigenblatt für die CDU. Jede Partei habe ihren „Hofnarren“, so das wörtliche Zitat des Kanzlers. Chialo empfand diese Ausdrucksweise als Schmäherung. Die Kanzler-Beleidigung ziel-



Für Scholz nur ein liberales Feigenblatt der CDU: der Berliner Kultursenator Joe Chialo. FOTO: DPA

te darauf ab, dass Hofnarren früher ihre Herren kritisieren durften, da man sie ohnehin nicht ganz ernst nahm. Und das galt einem Mann, der von Rassisten bedroht wird und dessen Wohnhaus in Berlin beschmiert wurde, weil er den Terrorangriff der Hamas verurteilte.

CDU-Generalsekretär Carsten Linnemann reagierte entsetzt: „Mir fehlen die Worte. Olaf Scholz verniedert die Kontrolle.“ Der rheinland-pfälzische CDU-Generalsekretär Johannes Steiniger sagte, bei Scholz lägen offensichtlich die Nerven blank. „Nach außen mimt er den ‚Besonnenen‘, im kleinen Kreis flüsst er aus.“

Den Vorwurf, Scholz habe Chialo rassistisch beleidigt, erheben einige, jedoch nicht alle. Der Kanzler selbst meldete sich am Mittwochnachmittag zu Wort, bat Chialo aber nicht um Entschuldigung. In einem kurzen Text erklärte der Kanzler, der von ihm verwendete Begriff werde im Sprachgebrauch nicht als rassistisch ausgelegt. „Der erhobene Vorwurf des Rassismus ist absurd und künstlich konstruiert.“ Er schätze Chialo als eine wichtige liberale Stimme in der Union.

### Abschiebung: Land überprüft Struktur

MAINZ. Die rheinland-pfälzische Landesregierung überprüft eine landesweite Zentralisierung der Rückführungen von ausreisepflichtigen Personen. Dazu soll es nach Angaben des grün geführten Integrationsministeriums Gespräche mit den Kommunalen Spitzenverbänden geben. Derzeit sind alle kommunalen Ausländerbehörden für die Organisation der Abschiebungen in ihrem Bereich zuständig. Das grenze insbesondere bei kleineren Kommunen an Überforderung, heißt es. Im vergangenen Jahr wurden nach Ministeriumsangaben 884 Personen abgeschoben, 255 mehr als im Vorjahr. 600 weitere sind mit einer Förderung freiwillig ausgereist, 2023 waren es 51 weniger. Die Anzahl der Ausreisepflichtigen lag Ende 2024 bei 8273, davon hatten 6412 eine Duldung, es gab also Abschiebehindernisse wie Krankheitsfälle oder auch, weil die Ausweisdokumente fehlten. |kad **SÜDWEST**